

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zusätzlich Postgebühr. Einzelnummern 10 Pf. Alle Vorbestellungen und Bestellungen, außer Bestellungen in jeder Zeit Bestellungen mit demselben, Krieg ob. sonstiger kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Änderung des Bezugspreises. Rücksendung eingelangter Geschäftsbriefe erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Werbungspreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennige, die 3 gespaltene Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 RM. Nachveröffentlichung 20 Reichspennige. Druck- und Plagiatverbot. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anträge werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10 Uhr. durch Personal übermittelten Anträgen über. mit keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 111 — 92. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 13. Mai 1933

Gewitterwolken.

Stürme am Genfer See — Blitzableiter — Deutsche Arbeit in Front.

Aber dem Genfer See, wo sonst mehr oder weniger heftige Redewellen plätscherten, stehen jetzt die Wellen, herrscht eine dumpfe Schwüle wie vor einem Gewitter. Man sucht nach den Blitzableitern der Kompromisse und verlangt für diesen „edlen Zweck“ wie üblich von Deutschland ein neues Nachgeben, ein neues „Opfer“. Das wievielte? Um uns dies zu „erleichtern“, hält man es für zweckmäßig, als Dank dafür uns gleich im voraus andauernd auf den Füßen herumzutreten! Und wenn die deutsche Vertretung hiergegen protestiert, dann wirft man ihr sofort einen „Mangel an gutem Willen“ vor. Daß hierbei eine überaus enge französisch-englische Zusammenarbeit erfolgt, die oft auch die amerikanische Unterstützung findet, ist für den Kampf um unser Recht, um gleiche Sicherheit schon recht bedrohlich geworden. Der Abrüstungsplan Macdonalds, dessen Verhandlung in Genf nun einer Krise überraschend schnell entgegengetrieben, ist aber weit davon entfernt, die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung zum Schutz unserer Sicherheit auch nur in den Anfängen zu erfüllen. Trotzdem verlangt man von uns, ihn unverändert hundertprozentig zu schließen, verlangt es unbedingt, zunächst einmal hinsichtlich des Teiles dieser Vorschläge, der von den Heereskräften handelt, — als ob es für die militärische Rüstung heutzutage nicht zunächst und vor allem auf das ankommt, was aus dem uns in hundert Schlachten nur zu bekannten „Material“ wird, vom Bombenflugzeug bis zum U-Boot, vom schweren und schweren Geschütz bis zum Tank! Aber uns Deutschen würde man es ja schon als „Vertragsbruch“ und „Aufrüstung“ ansehen, wenn wir es nur wagen würden, im Westen, Osten oder Südoften ein paar Feldbefestigungen zu Verteidigungszwecken anzulegen! Dabei hätte der Reichswehrminister den ganzen Kahn in Genf wieder einmal für eine Weile stottermacht durch das Jugoslawien, keineswegs an der — uns im Versailler Diktat aufgedrängten — Reichswehr festhalten zu wollen. Aber unmöglich ist es, von heute auf morgen dieses Berufsheer mit zwölfjähriger Dienstzeit auf eine Waise mit einer solchen von acht Monaten umzustellen. General v. Blomberg erklärte die deutsche Bereitwilligkeit, hierüber im einzelnen verhandeln zu wollen, sagte aber als Ausdruck des gesamtdeutschen Willens auch gleich hinzu: „Wir sind nicht bereit, ein Ultimatum oder Diktat anzunehmen“.

Und deswegen will man uns „moralisch herabsetzen“ in der Absicht, uns politisch zu isolieren! Das kennen wir seit dem Krige nur zu genau, noch besser seit Versailles. Aber dies Mittel ist schon allzusehr abgegriffen und in Washington zog es nicht mehr. Roosevelt Verhandlungen mit den europäischen Delegierten sind jetzt vorbei, da auch der letzte von ihnen, Dr. Schacht, zurückreiste. Daß bei diesen Besprechungen mehr herausgekommen ist als nur eine Planierung des Weges zur Weltwirtschaftskonferenz, wird man kaum zu behaupten wagen, und dazu gehört, daß für die Zeit bis zu dieser Konferenz und für ihre Dauer so etwas wie ein zollpolitischer Burgfriede abgeschlossen wird, dem neben Staaten England usw. auch Deutschland grundsätzlich zugestimmt hat. Macdonald hat mit dem amerikanischen Delegierten in London, Norman Davis, alles Nähere vereinbart, aber mit der Vereinbarung eines solchen Zollwaffenstillstandes ist ja nun erst das Allerniedrigste geschehen, was die Konferenz verlangen kann! Denn man kann doch nicht zusammen am Verhandlungstisch sitzen, während draußen im Handelskrieg aller gegen alle immer neue, immer schwerere Geschütze der Hochschußwaffe, Einfuhrverbote, der Devisenwirtschaft usw. aufgeföhren werden. Ebenso kann man dann in London auch nicht beieinander sitzen, wenn über dem Genfer See die Woge eines weltpolitischen Gewitters zuden! Oder wenn es dort bereits eingeschlagen und gezündet hat! Stoff und Grund, am Verhandlungstisch der Konferenz aufeinander loszuschleusen und loszuwettern, werden die künftigen Delegierten in London genug haben. Nur hätte auch gleichzeitig dafür gesorgt werden sollen, daß jene „moralische“ Heruntersetzung des deutschen Volkes — die von Unmoral geradezu strahlt — nicht dazu ausgenutzt wird, um es auch wirtschaftspolitisch isolieren zu wollen.

Würde sich heute ein Diogenes mit seiner Laterne aufmachen, um draußen in der Welt eine Spur von Vernunft zu finden, dann könnte er recht lange suchen! Denn von überall her — und das ist doch angehängt der alle Völker zerfleischenden Krise geradezu potenzierte Unvernunft — wird Deutschland angegriffen, weil es seine Kräfte sittlicher und wirtschaftlicher Natur sammelt, um durch Zusammenballung dieser Kräfte endlich selber auferstehen, auch seiner wirtschaftlichen Kräfte Herr zu werden. Vielleicht ist man draußen nun auch damit wenig zufrieden, daß es in kurzer energischer Arbeit gelang, ein einigendes Band um die deutsche Arbeiterschaft zu schlingen

Der Reichstag zum 17. Mai einberufen

Auf der Tagesordnung steht Genf.

Reichstagspräsident Göring hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Reichstag zum 17. Mai, 3 Uhr nachmittags, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Abgabe einer Regierungserklärung über die Ereignisse in Genf.

Adolf Hitler spricht im Reichstag über die deutsche Außenpolitik.

In der zum 17. Mai einberufenen Sitzung wird Reichstagspräsident Adolf Hitler eine Erklärung der Reichsregierung über die grundsätzlichen Fragen der deutschen Außenpolitik abgeben. Der eigentliche Anlaß für diese einmalige Einberufung des Reichstages ist der Beschluß im Genfer Effektivausschuß, daß die deutschen Heeresverbände angeblich militärischen Charakter haben. Es liegt auf der Hand, daß dieser völlig unverständliche und durch nichts begründete Beschluß bei der Reichsregierung starkes Versehen hervorgerufen hat. Sicherlich werden in der Reichstagsitzung auch die einzelnen Fraktionen zu den Anlässungen des Reichstagspräsidenten Stellung nehmen.

Der Reichstagspräsident dürfte, wie verlautet, in der Erklärung nicht etwa auf Einzelheiten eingehen, sondern grundsätzlich zur Außenpolitik überhaupt Stellung nehmen. Es ist gerade nach der Entwicklung, die die Ereignisse in Genf genommen haben, dringend erforderlich, daß der Welt einmal in geeigneter Form gesagt wird, wie Deutschland zum Problem der Außenpolitik steht. Ob etwas in Genf eintretende neue Ereignisse die Stellungnahme der Regierung noch beeinflussen werden, ist kaum anzunehmen, da sich an den in Genf angewandten Methoden und an der grundsätzlichen Einstellung unserer Verhandlungspartner kaum etwas ändern dürfte.

Von der Einberufung des Reichstages ist auch das Reichstagsbüro völlig überrascht worden. Die telegraphischen Einladungen an die Reichstagsmitglieder wurden daher erst am Sonnabend abgefaßt. Es handelt sich bei der bevorstehenden Sitzung um die dritte Vollversammlung des Reichstages, die natürlich wieder in den Räumen der Reichstagsgebäude abgehalten werden wird. Mit den Vorbereitungen für die kommende bedeutungsvolle Reichstagsitzung wird sofort begonnen werden.

Politische Aussprache im Reichskabinett.

Freiherr von Neurath berichtet über Genf. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung sehr ausführlich mit einem Gesandtenbericht zur Abklärung strafrechtlicher Vorschriften, die durch die politische und geistige Umstellung notwendig geworden sind. Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegtes Gesetz über Zwecksparrunternehmungen.

Daran schloß sich eine Aussprache über die politische und wirtschaftspolitische Lage, wie sie sich nach den letzten Vorgängen und mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Washington sowie in Anbetracht der für die Weltwirtschaftskonferenz zu fassenden Beschlüsse ergibt.

In der Nachmittagsitzung des Reichskabinetts, an

und sie bis auf ihre letzten, solange widerstrebenden Reste aus dem Kampfsfeld heraus- und in den neuen Staat hineinzuföhren. Es ist noch gar nicht solange her, daß selbst und sogar ein Minister des alten Systems den Kampf im Staat und um ihn als einen Krieg der „Interessentenhäuser“ gegeneinander bezeichnet hat. Man kann dafür auch wohl den drastischeren Ausdruck gebrauchen, daß man sich um den größten Wissen aus dem Futtertrug ranste, den der Staat darstellte, — bis sie alle merken mußten, daß der Trug leer war. In seiner Rede auf dem Kongreß der Arbeitsfront hat nun der Reichstagspräsident Hitler dieser Politik der Interessenteneinkämpfung ebenso den Kampf angefaßt wie jener Betrachtungsweise, die dem Staat die „Pflicht“ zuschreibt, sich „der Wirtschaft“ unterzuordnen. Er will eine Staatsführung entstehen lassen, „zu der ein jeder das Vertrauen haben kann, daß sie nichts anderes will als das deutsche Volk zu glücken“. Man wird als Deutscher in der letzten Zeit, wenn man den Blick nach außen richtet, doch das bittere Gefühl haben, daß man uns geradezu daran hindern will, uns dieses Glück zu erringen.

der auch die inzwischen im Flugzeug betroffenen Reichsminister von Blomberg und Göring teilnahmen, sprach zunächst Reichsaußenminister Freiherr von Neurath über die Lage in Genf, worauf Reichstagskanzler Adolf Hitler zu der politischen Lage im allgemeinen Stellung nahm.

Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung ferner noch mit Fragen wie Kindesmißhandlung, Abtreibung usw. beschäftigt. Auch Wunsurfragen wurden behandelt.

Vertragsbruch im Namen des Völkerbundes.

Verweigerung der Abrüstung — aber Deutschland ist daran schuld!

Seitdem es in Genf das Sonderinstitut für Durchführung der öffentlichen Meinung, die sogenannte „Abrüstungskonferenz“, gibt, hat sich diese Sabotageorganisation der westlichen Militärmächte noch niemals in einer solchen Bedrängnis befunden wie jetzt. Der Grund liegt darin, daß die Militärmächte unter Führung von Frankreich und England nach langjähriger, bisher immer erfolgreicher Verweigerung ihrer vertraglich festgelegten Abrüstungsverpflichtung jetzt endlich durch die Festigkeit der deutschen Delegation und Unangreifbarkeit der deutschen Rechtsansprüche zu einer Entscheidung gezwungen werden. Und die Militärmächte versuchen nun, diese Entscheidung

ohne jede Rücksicht auf Deutschlands Recht und auf Deutschlands Wehrlosigkeit diese Entscheidung einzig und allein im Sinne des Versailler Diktates gewaltsam herbeizuföhren, indem sie unter Verweigerung bzw. Nichtachtung der vertraglich verbrieften deutschen Mindestforderungen Deutschland einfach die Schuld an einem etwaigen Scheitern dieser „Abrüstungskonferenz“ zuschieben und ihre eigene militärische Aufrüstung für alle Zeiten sichern wollen.

Dementisprechend hat die deutsche einblische Hehe in Genf sowie in der französischen und Teilen der englischen Presse einen seit Jahren nicht mehr erlebten Höhepunkt erreicht. Nach Genfer Meldungen ist es in der letzten Nachtigung der fünf Großmächte überdies zu

stärklichen Auseinandersetzungen gekommen, wobei der englische Staatssekretär Eden dem deutschen Votschaffer Radolny schwere Vorwürfe machte und Deutschland die Schuld an der Konferenzkrise zuschieben wollte. Gleichzeitig aber ist gerade die Erörterung einer der entscheidenden deutschen Forderungen, nämlich die Beratung über die tatsächliche Stärke der Heere und über die Höhe des Kriegsmaterials, bisher rundheraus abgelehnt worden.

Auch der englische Kriegsminister, Lord Halifax, hat im Oberhaus in einer empörenden Rede Deutschlands Schuld an der Krise festzunageln versucht und hat im übrigen erklärt, daß Deutschland durch den Versailler Vertrag gebunden bleibe, daß also eine „Aufrüstung“ Deutschlands gleichbedeutend mit einem Bruch dieses Versailler Vertrages sein würde. Mit anderen Worten: die Militärmächte nehmen wie bisher, so auch in Zukunft

jedes Recht des Vertragsbruchs, wie er n. a. durch die Verweigerung der Abrüstungsverpflichtung gegeben ist, für sich in Anspruch, während sie gleichzeitig Deutschland die ihm noch verbliebenen wenigen Rechte aus dem Versailler Diktat einfach verweigern!

Der Präsident der famosen „Abrüstungskonferenz“, der Engländer Henderson, will nun in einem Kompromißvorschlag noch eine allgemeine Aussprache über die tatsächlichen Heereskräfte und über das Kriegsmaterial für die kommende Woche dem Hauptausschuß zustande bringen. Nach der bisherigen Haltung Frankreichs und Englands ist nicht einzusehen, daß sich an dem völligem Versagen der Abrüstungskonferenz gerade in den entscheidenden Fragen, nach denen sie ihren Namen hat irgend etwas ändern sollte.

Der Abbruch der Abrüstungsverhandlung noch einmal vermieden.

Hendersons Kompromißvorschlag angenommen. — Deutschlands Stellung nicht unerheblich verfestigt.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat in einer kaum einviertelstündigen Sitzung den Vermitlungsausschuß